

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.06.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Qualitätsprofil in den städtischen Kindertageseinrichtungen Vorlage: FB2/0634/2017	4
3 Landesförderung nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) Vorlage: FB2/0185/2017	6
4 Trägerwechsel der Mobilien Offenen Jugendarbeit "Karibu" Vorlage: FB2/0632/2017	6
5 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - aktueller Sachstand Vorlage: FB2/0184/2017	6
6 Anträge	7
7 Anfragen	7
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	7
9 Termin der nächsten Sitzung: 13. September 2017	7
10 Verschiedenes	7

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertretung für Herrn Ralph Jörgens

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Frau Monika Driesel Sachkundige Bürgerin

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Frau Brigitte Scheer Freie Vereinigungen

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Frau Sigrid Brennecke NABU

Frau Elisabeth Funke OBV Meerbusch e.V.

Herr Markus Lange BDKJ

Beratende Mitglieder

Frau Martina Ketzler Evangelische Kirchengemeinde

Frau Julia Lehmann Katholische Kirchengemeinden

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Frau Rosalia Helbig Fachbereich 2

Frau Birgit Smitmans Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Angela Römmler-Graf Fachbereich 2

es fehlen:

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens

Ratsmitglied

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Christian Bößen

Förderkreis Lanker Pfadfinder
e.V.

Herr Daniel Marzinik

Jugendfeuerwehr Meerbusch

Beratende Mitglieder

Herr Frank Bachmann

Untere Schulaufsichtsbehörde

Herr Hans-Jürgen Barbarino

Stadtjugendring

Herr Stephan Engel

Polizeibehörde

Herr Markus Schmidt

Jugendamtselternbeirat

Herr Peter Schmitz

Agentur für Arbeit

Frau Katja Schulz

Integrationsrat

Herr Ulrich Steeger

Familiengericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Qualitätsprofil in den städtischen Kindertageseinrichtungen Vorlage: FB2/0634/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt das Qualitätsprofil für die städtischen Kindertageseinrichtungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz führt einleitend aus, dass sich Meerbusch so wie alle kommunalen Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit der Entwicklung von Qualitätskriterien beschäftige. Diese würden in den Kindertageseinrichtungen als Bildungs- und Erziehungsstätten bereits täglich gelebt, aber auch prozesshaft weiter entwickelt.

Fachbereichsleiter Annacker weist ergänzend auf § 79a SGB VIII hin, der die Träger der öffentlichen Jugendhilfe verpflichte, Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen. Wie Erster Beigeordneter Maatz bereits betont habe, sei es auch wichtig, auszuführen, was bereits an Qualität und Güte vorhanden sei, so z.B. die Sprachförderung und eine gelebte Partizipation, die die Kinder in die Gestaltung des Erziehungsalltags einbinde. Im nächsten Schritt sei vorgesehen, dass alle Einrichtungen ihre Konzeptionen überarbeiteten, dabei die jeweiligen Schwerpunkte und Stärken darstellten und Ziele definierten. Zu gegebener Zeit solle die Veröffentlichung der Qualitätsprofile erfolgen, z.B. über den Kita-Navigator. Zudem müsse das Konzept alle 2 bis 3 Jahre überprüft werden, auch hinsichtlich möglicher Veränderungen durch die neue Landesregierung.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Bertholdt bezüglich eines in der Presse angekündigten kreisweiten Qualitätsprofils für die U3-Betreuung betont Fachbereichsleiter Annacker, dass dies zunächst nur die Einrichtungen des Kreisjugendamtes betreffen könne und in Meerbusch keine Qualitätsstandards ohne Beteiligung des JHA vereinbart würden.

Auf weitere Nachfrage von Ratsherrn Bertholdt, inwieweit die bei entsprechender Beschlussfassung gesetzten Standards und Ansprüche auch für die Einrichtungen der freien Träger gelten sollten, weist Fachbereichsleiter Annacker zunächst darauf hin, dass die Förderung z.B. für plus-Kita oder fitnetz auch den freien Trägern offen stehe. Allerdings sei die Umsetzung für die Stadt mit 9 kommunalen Einrichtungen leichter als für Träger mit nur 1 oder 2 Einrichtungen. Die Verpflichtung zur Qualitätsentwicklung gelte aber natürlich für den gesamten Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes.

Die Einbindung der freien Träger erfolge z.B. im Rahmen der jeweils im Herbst stattfindenden Trägerkonferenzen.

Beratendes Mitglied Ketzler weist an dieser Stelle für die evangelischen Einrichtungen auf das „Diakonie-Siegel KiTa“ und das Evangelische Gütesiegel BETA für Tageseinrichtungen für Kinder hin.

Ratsherr Wartchow hält das Konzept für gelungen, ihm fehle jedoch das Ziel der Integration z.B. von Kindern aus Flüchtlingsfamilien. Die Subsummierung unter den Begriff der Inklusion sei seines Erachtens nicht treffend und eine fragwürdige Formulierung.

Fachbereichsleiter Annacker führt aus, dass Integration als Begrifflichkeit überholt sei. Inklusion solle unabhängig vom jeweiligen Thema bewirken, dass alle Kinder mit Rechtsanspruch ihren Betreuungsplatz erhielten, so selbstverständlich auch Flüchtlingskinder mit Anspruch.

Ratsherr Neuhausen hebt zum Konzeptpunkt 9 betreffend den Übergang Kita - Grundschule die Bedeutung aktiver Arbeitskreise und guter Kooperation hervor.

Fachbereichsleiter Annacker bestätigt, dass die Arbeitskreise praktisch ausgelegt seien und zielführend arbeiteten. Bei Auffälligkeiten würden die Bildungsdokumentationen genutzt und Rücksprache mit der entsprechenden Kita gehalten.

Vorsitzende Schoppe ergänzt, dass im Vorfeld verschiedene Felder bearbeitet würden, aus denen heraus tatsächliche Zusammenarbeit entstünde. Auch die Offene Ganztagschule sei teilweise eingebunden.

Die Nachfrage von sachkundiger Bürgerin Brennecke nach dem Umgang mit Sprachstörungen seit Auslaufen der Sprachstandsfeststellung „Delfin 4“ verbindet Fachbereichsleiter Annacker mit der Hoffnung auf künftige Verbesserung des Verfahrens. „Delfin 4“ habe eine Einzelförderung ermöglicht, sei aber von der alten Landesregierung zugunsten der Schaffung von Schwerpunkt-Kitas abgeschafft worden. Derzeit erhielten 10 Einrichtungen diese pauschale Förderung, die aber seines Erachtens besser geeignet sei für Ballungsräume. Für Meerbusch halte er eine flächendeckende Pro-Kopf-Förderung für wirkungsvoller, zumal die Einrichtungen, die derzeit nicht als Schwerpunkt-Kita anerkannt seien, die Förderung mit eigenem Personal ohne Zuschussmittel leisten müssten.

Ratsherr Eimer weist als am Prozess Beteiligten auf die Beachtung des Datenschutzes in den Arbeitskreisen hin. Es sei zu klären, welche Daten zu besprechen seien und die Einholung von Schweigepflichtsentbindungen der Eltern müsse beachtet werden.

Fachbereichsleiter Annacker bestätigt, dass die Besprechung von Einzelfällen grundsätzlich nicht in die Arbeitskreise gehöre, bei Bedarf könne dies in anonymisierter Form erfolgen. Der Hinweis werde aber mitgenommen und vorsorglich nochmals an die Arbeitskreise weitergegeben.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Glasmacher bezüglich der Qualitätssicherung durch Fort- und Weiterbildung und Supervision der Kita-Leitungen erläutert Fachbereichsleiter Annacker, dass seit Jahren zum einen flächendeckend und regelmäßig Supervision erfolge, zudem Leiterinnen-Besprechungen mit und ohne Beteiligung der Bereichsleitung. Fort- und Weiterbildungen würden maßgeblich durch den Fachberater Herrn Vittinghoff nach Bedarf der Einrichtungen organisiert, oftmals als Inhouse-Veranstaltung. Diese seien kostengünstiger und ermöglichten mehr Einfluss auf den Inhalt.

Dem Protokoll ist eine Auflistung der Themen der letzten Jahre beigefügt.

Abschließend wird der Vorlage einvernehmlich zugestimmt.

3 Landesförderung nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz)
Vorlage: FB2/0185/2017

Vorsitzende Schoppe dankt zunächst für die umfangreiche Vorlage, die einen guten Überblick über das komplexe und unübersichtliche Konstrukt der Förderung ermögliche. Sie sehe hier dringenden Änderungsbedarf.

Erster Beigeordneter Maatz erinnert an die vielen an verschiedenen Stellen geführten Gespräche über Finanzierungsfragen wie Trägeranteile und Auskömmlichkeit von Kindpauschalen, was letztlich den Impuls für die Informationsvorlage gegeben habe. Angesichts eines kommunalen Eigenanteils von 5,8 Mio. € - damit einer der größten Positionen im städtischen Haushalt - sei festzustellen, dass alle bisherigen Reformversuche keine auskömmliche Förderung bewirkt hätten. Die KiBiz-Reform werde eine der ersten Projekte der neuen Landesregierung sein. Anhand des dargestellten Status Quo könnten Veränderungen deutlich gemacht werden.

Ratsherr Eimer weist darauf hin, dass seinerzeit die CDU/FDP-Regierung das KiBiz eingeführt und damit den im GTK verankerten einheitlichen Elternbeitrag abgeschafft habe. Angesichts der daraus entstandenen Wettbewerbsverzerrung hege er die Hoffnung auf Wiedereinführung einer einheitlichen Beitragssatzung, besser noch der generellen Beitragsfreiheit für die Kindertagesbetreuung.

4 Trägerwechsel der Mobilen Offenen Jugendarbeit "Karibu"
Vorlage: FB2/0632/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorgesehenen Trägerwechsel der Mobilen Offenen Jugendarbeit „Karibu“ von der kath. Kirchengemeinde Hildegundis von Meer hin zum Trägerwerk für kirchliche Jugendarbeit e.V. Krefeld zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, mit dem neuen Träger eine entsprechende Leistungsvereinbarung zu schließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beratendes Mitglied Lehmann nimmt wegen Befangenheit nicht an der Beratung teil.

Die Abstimmung erfolgt dann ohne weitere Beratung nach Vorlage.

5 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - aktueller Sachstand
Vorlage: FB2/0184/2017

Fachbereichsleiter Annacker führt die Inhalte der Informationsvorlage nochmals kurz aus, die den aktuellen Stand umfänglich mit allen beteiligten Bereichen darstellen solle. Meerbusch sei gut aufgestellt und die Verwaltung grundsätzlich sehr zufrieden mit den meisten Fallverläufen. Es bestehe eine hohe Motivation und Bereitschaft der jungen Menschen, sich auf erzieherische Prozesse einzulassen, oftmals jedoch belastet durch erlittene Traumatisierungen. Maßgeblich sei natürlich immer die Bleibeperspektive. Insbesondere für die Afghanen sei die Situation aufgrund abgelehnter

Asylanträge von großer Unsicherheit geprägt, was zu teils gravierenden Belastungssituationen führe. Auch durch Unterstützung von Ausbildungsmaßnahmen werde versucht, hier soweit möglich Sicherheit zu schaffen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Neuhausen zur Arbeitsbelastung ergänzt Fachbereichsleiter Annacker, dass die Verwaltung mit zusätzlichem Personal verstärkt in weiten Teilen gute Qualität leisten könne. Der Arbeitsbereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sei im Besonderen mit der sehr aufwändigen Bearbeitung der Kostenerstattungsvorgänge betroffen. Mit derzeit 33 Fällen liege Meerbusch noch unter der aktuellen Aufnahmequote von 39 UMA. Die Unterbringung sei im Umfeld von Meerbusch in Einrichtungen diverser Träger erfolgt, die sich nach den Anfangsschwierigkeiten gut aufgestellt hätten. Je nach Konzeption würden spezielle UMA-Gruppen angeboten oder die Eingliederung in reguläre Wohngruppen favorisiert.

6 Anträge

Es werden keine Anträge gestellt.

7 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bericht der Verwaltung ist der Einladung beigefügt.

9 Termin der nächsten Sitzung: 13. September 2017

10 Verschiedenes

Auf Nachfrage von Ratsherrn Bertholdt berichtet Fachbereichsleiter Annacker kurz über die Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung an der Umsetzung des Spielplatzkonzeptes in Osterath am 20.06.2017. Neben großer Zustimmung zum Beteiligungsprozess an sich seien aus einem guten und konstruktiven Austausch viele Anregungen mitgenommen worden. Zudem sei beabsichtigt, für Kinder im Offenen Ganztage und an den weiterführenden Schulen einen Fragenkatalog zu entwickeln. Sachkundige Bürgerin Funke ergänzt, dass diesbezüglich bereits ein Treffen stattgefunden habe. Es sei zum einen die Bewertung der Spielplätze nach verschiedensten Kriterien vorgesehen, zum anderen eine Projektarbeit durch Bildung sog. Forschergruppen zur Begutachtung von jeweils 4 bis 5 Spielplätzen mit entsprechender Dokumentation.

Ratsherr Bertholdt weist sodann auf ein bereits seit längerer Zeit bestehendes Problem mit der Nutzung des auch als öffentlicher Spielplatz ausgewiesenen Schulhofes der Eichendorffschule in Osterath hin. Trotz des Hinweises auf die Schließungszeiten werde der Platz und insbesondere der

für Ballspiele genutzte Metallkäfig auch sonntags und in den Abendstunden frequentiert, was zu Lärmbelastung für die Anwohner führe. Hier bedürfe es dringend einer Lösung.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, auch in seiner Eigenschaft als Schul- und Ordnungsdezernent, dass die Thematik seit längerem bekannt und bereits sehr häufig darauf reagiert worden sei. Grundsätzlich liege in der Nutzung von Spielflächen auch eine Lärmquelle, wobei die Verwaltung aktuell an einem neuen Lösungsvorschlag arbeite, über den zu gegebener Zeit berichtet werde.

Nach intensiver Diskussion der allseits bekannten Problematik und verschiedener Lösungsansätze sowie der Aufforderung an die Verwaltung, durch sachgerechte Entscheidungen eine baldige, tragfähige Lösung herbeizuführen, verweist Erster Beigeordneter Maatz nochmals auf die bereits laufenden, intensiven Bemühungen, das Thema zu einem vernünftigen Abschluss zu bringen. Die Berichterstattung erfolge im zuständigen Fachausschuss.

Ratsherr Eimer weist vorsorglich nochmals auf die bereits an alle Ausschussmitglieder verteilte Einladung zu einer Veranstaltung am 10.07.2017 hin, bei der über die Neuausrichtung des Jugendcafé Halle 9 diskutiert werden solle.

Sodann schließt Vorsitzende Schoppe die Sitzung.

Meerbusch, den 6. Juli 2017

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Angela Römmler-Graf
Schriftführer/in